

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Vertreter der Gerichte und Anwaltskammern,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

es ist ein trauriger aber beredter Zufall, dass ich hier zum Gedenken an Reinhold Frank sprechen darf und in Vertretung meines Kollegen Deniz Yücel. Der eine war ein Rechtsanwalt, der wahrscheinlich genauer als andere wusste, dass er in einem Unrechtssystem agierte und der Menschen verteidigte, die nach den Spielregeln dieses Staates nur verlieren konnten. Der andere sitzt als Journalist im Gefängnis und appelliert an die Buchstaben eines Rechtsstaats, dessen Regierung geradezu demonstrativ rechtsstaatliche Prinzipien zertrümmert. Beide, der Journalist wie der Anwalt, wurden – unter völlig unterschiedlichen historischen Bedingungen und mit vollkommen unterschiedlichen Folgen – Opfer pervertierter Rechtssysteme. Gerade durch die Unterschiedlichkeit ihrer Geschichten beweisen beide Fälle dennoch eines: wie dringend selbst Unrechtsstaaten auf eine letzte Fiktion von Recht angewiesen sind. Damit beweisen die Kerkermeister unfreiwillig, dass ihre Opfer eigentlich recht haben: dass menschliches Zusammenleben nur Sinn ergibt auf der Grundlage einer für alle Menschen verpflichtenden und alle Menschen schützenden Gerechtigkeit.

Reinhold Frank stellte sich als katholischer Deutscher unter anderem vor seine jüdischen Landsleute. Deniz Yücel hat sich als Kind türkischer Einwanderer besonders intensiv mit dem Schicksal der jüdischen Deutschen im Nationalsozialismus auseinandergesetzt und mit dem Nachleben des deutschen Faschismus. Gerade er hätte an diesem Podium besonders deutlich dagegengesprochen, den Nationalsozialismus und das Morden, dessen Opfer auch Reinhold Frank wurde, durch Vergleiche zu relativieren. Die Parallelen zum Nationalsozialismus, die manche Kommentatoren des aktuellen Geschehens in der Türkei ziehen, verharmlosen den einen Staat und missverstehen den anderen.

Wir dürfen den Holocaust nie vergessen und das, was wir aus ihm über die schrecklichen Potenziale des Menschen gelernt haben. Aber wir müssen gerade in diesem Wissen das Unheil, das Menschen über Menschen bringen können, in jeder Zeit neu und jeweils aus sich selbst heraus verstehen. Weil wir nur dann den Opfern gerecht werden, und weil wir nur dann die Motive der Täter begreifen können. Erst mit diesem neuen Lernen kann die Erinnerung an die Vergangenheit eine Hoffnung geben, künftige Katastrophen zu verhindern. Darum ist es so klug, dass sich die Reinhold-Frank-Gedächtnisvorlesung verpflichtet, zum Gedenken ihres Namensgebers Unfreiheiten auch an anderen Orten, auch zu anderen Zeiten in den Blick zu nehmen.

Diese Verpflichtung nehme ich gerne an. Dabei will ich mir die heikle Freiheit nehmen, in diesem Vortrag vom Besonderen auf das Allgemeine zu schließen. Ich möchte einen Teil der Erfahrungen, die ich bei der Betreuung unseres Korrespondenten im vergangenen halben Jahr in und mit der Türkei gesammelt habe, rekapitulieren und der Frage nachgehen, was sie über die momentane Lage jenes Landes erzählen und über die Art von Herrschaft, die dort errichtet wird. Noch mehr als historische Parallelen interessiert mich dabei, was die dortige Regierung von anderen autoritären Systemen unterscheidet und was dies bedeutet für die Möglichkeit, ihr und ihresgleichen zu widerstehen.

Weil autoritären Herrschern für die Verfolgung ihrer Gegner die Erzeugung eines dem Recht möglichst ähnlichen Begründungszusammenhangs wichtig zu sein scheint, will ich auch die von der türkischen Regierung vertretene Interpretation des Falles Yücel daraufhin untersuchen, was sie über die Ziele verrät, die Recep Tayyip Erdogan und sein Umfeld im Umgang mit dem Fall verfolgen.

Deniz Yücel befindet sich seit nunmehr 155 Tagen in der Türkei in Gefangenschaft. Die Begründungen dafür wechselten: Zunächst wurde angeblich im Zuge der RedHack-Affäre nach ihm gefahndet. So jedenfalls stand es in der Online-Meldung der regierungsnahen Zeitung „Sabah“ vom 25. Dezember 2016. Bei dieser Affäre geht es um E-Mails des türkischen Energieministers Berat Albayrak, einem Schwiegersohn von Staatspräsident Erdogan, die das linke Hackerkollektiv RedHack in Umlauf gebracht hatte. Deniz hatte darüber berichtet, wie zahlreiche andere Journalisten auch. Doch in seiner Vernehmung durch den Staatsanwalt am 27. Februar dieses Jahres wurde er nur kurz zu den E-Mails befragt. Der Haftbefehl, den der Ermittler anschließend forderte und den der Richter erließ, erwähnt RedHack schließlich gar nicht mehr.

Stattdessen bezichtigt der Richter Deniz der Aufwiegelung des Volkes zu Hass und Feindschaft, vor allem in Bezug auf den Kurdenkonflikt. Und er wirft ihm vor, Terrorpropaganda betrieben zu haben – sowohl für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK als auch für die islamische Gülen-Bewegung, einen ehemaligen Bündnispartner Erdogans, dem dieser die Urheberschaft an dem gescheiterten Putschversuch vom Juli vergangenen Jahres zuschreibt. Als Belege für diese Vorwürfe dienen ausschließlich Artikel, die Deniz veröffentlicht hat. Noch liegt keine Anklageschrift vor, aber in mehreren Reden und Interviews hat Erdogan Deniz außerdem bezichtigt, ein Agent des Bundesnachrichtendienstes zu sein. Beweise nennt er nicht.

Wir sind gewöhnt, aus den Vorwürfen eines Gegenübers auf dessen Bedürfnisse und Ängste zu schließen. Was berichten dann diese Anschuldigungen über die Regierung Erdogan?

Dass die RedHack-Affäre im Zusammenhang von Deniz' Inhaftierung mittlerweile so in den Hintergrund gerückt ist, könnte zu dem Schluss verleiten, dass sie als purer Vorwand zu

seiner Ergreifung diene und inhaltlich bedeutungslos wäre. Wer die Vorgeschichte kennt, muss zu einem anderen Schluss kommen: Deniz hat jahrelang Dinge geschrieben, die der Regierung Erdogan nicht gefallen konnten – gerade zu jenen Themen, wegen derer er schließlich inhaftiert wurde: dem Kurdenkonflikt und der islamistischen Unterwanderung des Staates unter der Regierung Erdogan. Er hat den Exil-Chef der PKK in den irakischen Kandil-Bergen getroffen und er hat den damaligen türkischen Premierminister Ahmet Davutoglu bei einer Pressekonferenz so ausführlich mit der Demontage der Pressefreiheit und den Grausamkeiten seiner Soldaten in den Kurdengebieten konfrontiert, dass dieser noch tags darauf öffentlich Wutanfälle bekam. Auch berichtete Deniz mit als Erster über die Spionage türkischer Dittib-Imame in Deutschland. Nichts davon führte unmittelbar zu Ermittlungen. Aber bei der RedHack-Geschichte war offenbar eine Grenze überschritten, die nicht allein anhand politischer Positionen nachvollziehbar scheint.

Das Vorgehen gegen Journalisten, die über die E-Mails geschrieben haben, deutet auf das Geheimhaltungsbedürfnis dieser Regierenden hin, besonders wenn es um das familiäre Umfeld des Präsidenten geht. Die Härte, mit der dieses Bedürfnis geschützt werden soll, lässt erkennen, dass die Angst vor dem Bekanntwerden bestimmter Einzelheiten größer ist, als die naheliegende Sorge, sich durch eine Überreaktion selbst verdächtig zu machen. Wer so kalkuliert, denkt nicht im eigentlichen Sinne politisch, sondern konspirativ. Es geht hier offenkundig um den Schutz eigener existenzieller Interessen, die der politischen Argumentation erst ihren Zweck geben. Die Offenheit, mit der sich der Präsident hier schützt, ist kein Unfall sondern gehört zum Wesen autoritärer Politik, wie sich gleich zeigen wird.

Zwar wirken die beiden späteren Vorwürfe aus dem Haftbefehl gegen Deniz auf den ersten Blick zwar politischer aber dafür insgesamt umso wirrer: Da wird einer beschuldigt, für eine bewaffnete marxistische Organisation gearbeitet zu haben, die sich vor allem aus der

kurdischen Unterschicht rekrutiert und den Zusammenhalt der Türkei infrage stellt.

Andererseits soll er im Dienste einer ultrakonservativen Religionsbewegung stehen, die gerne auch nationalistisch argumentiert und strategischen Einfluss innerhalb der gesellschaftlichen Eliten verfolgt. Das wäre, in deutsche Kategorien übertragen, als stünde jemand sowohl einer rechtsextremen Burschenschaft nahe als auch dem linksradikalen Schwarzen Block oder der RAF. Und zudem soll dieser Mensch Agent eines Staates sein, der beide Organisationen kritisch beobachtet und verfolgt.

Sind solche Konstruktionen darauf angelegt, ernstgenommen zu werden?

Ihrem Wesen nach – ja. Denn auch zum positiven Bild autokratischer Herrscher gehören in gewissem Umfang die Fähigkeit und die Erlaubnis zur Lüge. So zeigten Umfragen des unabhängigen Instituts Lewada in Russland selbst zu Zeiten höchster Zustimmungsraten für Wladimir Putin in den Jahren 2014 und 2015, dass zugleich eine klare Mehrheit der Russen den Präsidenten keineswegs für ehrlich hielt. Diese Bürger wussten offenkundig, dass sie belogen wurden, aber es war für sie kein Grund, dem Präsidenten die Treue zu brechen.

Das Versprechen der Verlässlichkeit eines Autokraten besteht nicht in seiner Aufrichtigkeit, sondern in der Dauer und Absolutheit seiner Macht. Und beidem dient es, wenn der Herrscher die Wahrheit seinem Machtkalkül anpasst. Diese Beugung ist Bedingung ebenso wie offener Ausdruck seiner Souveränität. Sie erlaubt es Erdogan auch, einen russischen Kampfflieger abschießen zu lassen mit der Begründung, Zitat: „Wir verteidigen nur unsere Sicherheit und die Rechte unserer Brüder“ – aber wenige Monate darauf die eigenen für den Abschuss verantwortlichen Offiziere als Hochverräter festnehmen zu lassen und einen Pipeline-Deal mit Russland zu unterzeichnen. Wohlgedenkt: Beides geschah zum entschiedenen Beifall seiner Anhänger.

Gerade für die Getreuen ist es alles andere als gleichgültig, welche Haltung der Herrscher jeweils einnimmt, welche Wende er vollführt. Sie entnehmen daraus die jeweils neueste Bedeutung seiner Macht und die sich ändernden Frontverläufe zwischen Freund und Feind. Zu Deniz' Zellennachbarn in der Haftanstalt Silivri bei Istanbul gehören Staatsanwälte und Richter, die der Gülen-Bewegung nahestanden und einst selbst säkular gesonnene Politiker und Militärs mit teils gefälschten Beweisen hinter Gitter brachten. Nun sitzen diese Juristen aufgrund nicht weniger zweifelhafter Verfahren selbst ein.

In Deniz' Fall ermittelte ein Staatsanwalt von Mitte 30, und es urteilte ein leitender Haftrichter, der kaum älter ist. So ausgedünnt sind die Reihen der türkischen Justiz durch die Säuberungswellen nach dem Putschversuch, dass zu Verhandlungen über einige der prominentesten Journalisten des Landes 27-jährige Anklägerinnen auftreten, die um Vertagung bitten, weil sie die Ermittlungsakten erst vor einer halben Stunde erhalten hätten. Und viele der Juristen dieses überstürzt verjüngten Apparates sind, so sagte mir ein türkischer Unternehmer, ihrer eigenen Zukunft so ungewiss, dass sie diese lieber mit der Annahme von Bestechungsgeldern sicherten, als mit abgewogenen Urteilen. Kurz: Wie die jeweils herrschende Wahrheit lautet, ist gerade in autoritären Systemen eine existenzielle Frage.

Aber kann eine so widersprüchliche Feind-Zuschreibung wie jene an Deniz Yücel denn überhaupt noch irgendwie gedeutet werden?

Sie kann, denn tatsächlich berichtet sie mehr über ihren Autor, als über ihren Gegenstand.

Das Amalgamieren von Feindbildern hat durchaus Methode in der heutigen Türkei. Auch den anderen Festgenommenen in der RedHack-Affäre schrieb die Justiz jeweils mehrere schwer

vereinbare Mitgliedschaften in oder Parteinahmen für verschiedene Terrororganisationen zu, neben der Gülen-Bewegung und der PKK auch linksradikalen Parteien wie der Revolutionären Volksbefreiungspartei-Front DHKP-C. Aus dem undurchschaubaren Geflecht der Kürzel, Ideologien, Ethnien und fremden Mächte kann der politisch ungeschulte Nachrichtenkonsument nur den globalen Schluss ziehen, dass alles Böse sich gegen seine Regierung verschworen hat – Gülenisten, Marxisten, Leninisten, Imperialisten, Terroristen, Deutsche. Dadurch werden Recep Tayyip Erdogan und die Seinen natürlich umgekehrt zur Sammelexistenz alles weltanschaulich Guten.

Aber noch mehr wird durch diese Erzählung vermittelt: All diese Widersacher des guten Präsidenten haben selbst kein wirkliches Gewissen. Darum kollaborieren sie derart hemmungslos und wahllos untereinander. Und nur so ist zu erklären, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel alles daran setzt, ihren ehemaligen Top-Agenten Deniz Yücel in türkischer Haft ermorden zu lassen, um ihre ruchlosesten Geheimnisse zu schützen. Nur das tapfere Wachpersonal kann diesen Plan vereiteln. So jedenfalls erzählte es die Tageszeitung „Günes“ am 8. März dieses Jahres. So erzählte es auch die Zeitung „Takvim“ und so erzählten es auch die Zeitung „Star“ und andere aus dem Regierungslager, dem mittlerweile mehr als 90 Prozent der Medien in der Türkei zuzurechnen sind.

Einige dieser Zeitungen hatten auch Fotos aus dem Internet heruntergeladen und veröffentlicht, die Deniz auf der Bühne von Hate Poetry zeigen, einer Veranstaltungsreihe, bei der deutsche Journalisten aus Migrantenfamilien zur grenzenlosen Unterhaltung des Publikums die abstrusesten Hass-Mails ihrer Leser vortragen – also jene Diskriminierungserfahrung inszenieren, die auch Erdogan gerne bei seinen Auftritten in Deutschland anspricht. Doch zu den HatePoetry-Bildern schrieben jene türkischen Zeitungen nun, hier rede Yücel bei einem PKK-Treffen.

Dass Desinformation oder „Fake News“ ein Mittel der Politik sind, wird in letzter Zeit eifrig diskutiert. Mir scheint das jeweilige Ziel der Desinformation interessanter als die letztlich nicht neue Tatsache ihrer Verwendung. In diesem Fall dient die Falschnachricht nicht nur der impliziten Aufwertung der Regierung durch die Herabwürdigung und Karrikatur ihrer Gegner. Sie wird auch gegen die politische Debatte als solche gerichtet, ja: gegen die Idee von Politik. Denn alles, was da kraucht auf der gegnerischen Seite des innertürkischen Schützengrabens, vertritt nach diesen medialen Erzählungen seine Überzeugungen nur zum Schein. In Wahrheit ist es allein die Gegnerschaft zu Erdogan, die diesen scheinbar unterschiedlichen Gruppierungen Antrieb und Richtung gibt. Erdogan selbst wird in dieser Erzählung nicht nur umfassend gut. Er wird zum Pol der Geschichte, zum Ende der Politik überhaupt und zum Künster eines neuen, vom wahren Glauben geprägten Zeitalters.

Darum auch die Neigung dieser Regierung zum Handeln durch Gerichte. Die Kammern und Verhandlungen entziehen dem innergesellschaftlichen Gegensatz zum Schein das politische Element. Sie reduzieren individuelle Meinungen, abweichende Lebensentwürfe und Menschenbilder auf deren Kriminalisierbarkeit. Letztlich aber liefert dieser umfunktionierte Justizapparat nur Material für die mediale Inszenierung des ständigen Endkampfes der guten Regierung Erdogan. Die Justiz saugt den lebendigen Figuren ihre Gedanken, ihre Haltungen ab, die Medien füllen die leeren Hüllen mit einem eigenen, undurchdringlichen Treibstoff aus Ängsten wieder auf und lassen sie im vorbereiteten Schlachtengemälde rund um den Heldenkönig tanzen.

Schauprozesse sind nicht neu. Desinformation ist nicht neu. Den Angriff auf das Politische an sich haben nicht einmal die Faschisten und Stalinisten als erste erfunden. Das Herrschen mittels Feindbildern war schon alt, als es in der Thora aufgeschrieben wurde. Nichts davon ist

als solches spezifisch für die Regierung Erdogan. Bemerkenswert ist meiner Meinung nach lediglich zweierlei: Erdogans besondere Fixierung auf die Presse als Gegnerin und die seltsame Konstruktion seiner Feindbilder. Beides verrät Wichtiges über das Wesen seiner Herrschaft.

Auf der Rangliste der Pressefreiheit, die alljährlich von der Organisation Reporter ohne Grenzen veröffentlicht wird, liegt die Türkei auf Platz 155 von 180 Staaten. Damit rangiert sie direkt hinter der Demokratischen Republik Kongo und Weißrussland, und nur wenige Plätze vor dem Iran, Saudi-Arabien und Nordkorea. Doch in keinem dieser Länder sind auch nur annähernd so viele Journalisten inhaftiert wie in der Türkei. In keinem anderen Land *der Welt* sitzen derart viele Journalisten im Gefängnis. Das heißt auch: In keinem anderen Punkt hat sich die Türkei soweit von der Demokratie entfernt.

In seinem jüngsten Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ sagt Erdogan etwas, das mir für seinen Blick auf Journalisten sehr aufschlussreich zu sein scheint. Da fragt ihn „Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, worin denn seiner Meinung nach der Zweck der Manipulationen liege, die Erdogan der deutschen Presse vorwirft. Lassen Sie mich Erdogans ganze Antwort zitieren.

„Ich glaube nicht daran“, so Erdogan, „dass es irgendwo auf der Welt unabhängige Medien gibt. Irgendwo sind sie alle, ob Print- oder visuelle Medien, abhängig, entweder ideologisch oder sie verfolgen eigene Interessen. Wenn es so etwas wie unabhängige Medien gäbe, hätten wir all diese Probleme nicht. Wir sehen das alles ganz klar: Sie bewegen sich dahin, wo der Wind weht. Die deutschen Medien sind auch so. Niemand soll sagen, das sei nicht so, wir wissen sehr genau, dass es so ist.“

Unabhängige Medien gibt es nicht, nirgendwo auf der großen weiten Welt. Das heißt beinahe so viel, wie dass es gar keine Journalisten gibt. Diejenigen, die sich so nennen, sind in Wahrheit nur Instrumente zur Verfolgung der Interessen anderer. Doch dass sie sich dabei als Journalisten tarnen, macht ihre Untaten umso schwerwiegender. Denn: „Wenn es so etwas wie unabhängige Medien gäbe, hätten wir all diese Probleme nicht.“ All diese Probleme – das könnten theoretisch alle Probleme der Menschheit sein. Die Lüge, so scheint es, als deren Träger Erdogan die Journalisten identifiziert, scheint die Wurzel aller Übel zu sein. Diese Vorstellung mag in seiner islamistischen Prägung gründen, in der aus der Salafiyya stammenden Vorstellung, dass die unzulässige Auslegung des Koran den Niedergang des Islam und damit der Menschheit bewirkt hat. Aber Erdogans Zorn auf das Widerwort an sich wird auch ganz impulsiv deutlich in jener Passage – „niemand soll sagen, das sei nicht so, wir wissen sehr genau, dass es so ist“.

Wer seines Standpunkts gewiss ist, der kann andere Meinungen ertragen. Doch hier sieht sich jemand durch Gegenstandspunkte existenziell bedroht. Nicht nur, dass es keine echten Journalisten gibt – es darf sie auch nicht geben.

Als der Fall Deniz Yücel seinen Anfang nahm, waren wir bisweilen unsicher, wie planvoll die Regierung vorging. Bei ersten Sondierungen schienen die Verantwortlichen bisweilen nur unzureichend über den Sachstand und die Hintergründe des Verfahrens unterrichtet.

Antworten erhielten wir nur schleppend. Meist liefen sie auf den lapidaren Hinweis hinaus, es handele sich um ein juristisches Verfahren, dessen Verlauf Klärung bringen werde. Aber man übte auch keinen Druck aus. Niemand forderte Deniz' Übergabe. Niemand drohte. Es gab nicht einmal eine Vorladung. Es schien fast, als wisse der Staat selbst nicht, was er mit diesem Verfahren eigentlich bezweckte. Das änderte sich erst einige Zeit nachdem Deniz sich freiwillig bei der Polizei gemeldet hatte und in Gewahrsam genommen worden war. Zunächst

kam der Fall in den Medien des türkischen Regierungslagers nicht vor, während in Deutschland schon ausführlich und hitzig darüber berichtet wurde. Doch dann forderten deutsche Politiker auch unter Verweis auf den Fall Yücel, Auftritte türkischer Politiker im Rahmen der Referendumskampagne auf deutschem Boden zu verbieten.

Plötzlich vollzog sich beides gleichzeitig: Immer mehr führende Vertreter von Erdogans Regierungspartei AKP kündigten demonstrativ Auftritte in Deutschland an und der Fall Yücel wurde auf einmal mit wochenlanger Verspätung auf Titelseiten skandalisiert – stets in Verflechtung mit der diabolischen Politik der Bundesregierung. In den Umfragen zum Referendum schlug sich das schnell zugunsten des Staatschefs nieder. Immer mehr Bürger schienen angesichts der wachsenden Spannungen die Einführung eines Präsidialsystems und die umfassende Machterweiterung für Erdogan zu befürworten. Daraufhin eskalierte erneut beides: der Streit um die Auftritte in Deutschland und die Medienkampagne gegen Deniz. Völlig anlasslos und immer wieder griff Erdogan nun bei seinen Reden im Wahlkampfendspurt Deniz an und kreierte für ihn den Begriff „ajan-terrorist“. Agent-Terrorist. Ein Fabelwesen, dessen Tödlichkeit offenkundig in seiner Klugheit, seinem Hintersinn besteht.

Beide Konflikte hatte die Regierung selbst erzeugt. Sie vergrößerte sie in dem Maße, wie sie sich als nützlich zur Machterweiterung darstellten. Der Journalist wird in diesem Szenario zur Projektionsfläche für die unübersehbare und unentwerrbare Bedrohung, der das ganze Volk ausgesetzt sei und der es nur entrinnen könne, wenn sein Anführer und Beschützer von jeglichen verfassungsmäßigen Fesseln befreit wird.

Hier wurde ein psychologischer Ausnahmezustand erzeugt und dazu diente zentral auch die Negierung des Wortes. Es ging nicht mehr um das, was die AKP-Politiker zu sagen hatten,

um den Wert ihrer Argumente. Sondern um deren Ort. Ihre Reden wurden zu einer kinetischen Frage, wie man in der modernen Militärsprache sagen würde. Und dazu gehörte auch das Wortlosmachen von Journalisten. Ihre Umwandlung in eine unaussprechliche Existenz.

Mehr als drei Monate sind seit dem Referendum vergangen, und wir wissen, wie es ausgegangen ist: das Ja-Lager gewann mit 51,44 Prozent der abgegebenen Stimmen. Was hatte geschehen müssen, um diese 51,44 Prozent zustande zu bringen? Jahrelang waren die türkischen Medien mit Enteignungen und Drohungen auf Regierungskurs gezwungen worden; man hatte Zehntausende Oppositionelle inhaftiert, weitere Zehntausende ins Ausland getrieben und Hunderttausende Funktionsträger ihrer Arbeit und ihrer Existenz beraubt; hatte eine dramatische Verschlechterung der Sicherheitslage bewusst gefördert; hatte monatelang auf allen Kanälen Gefahren beschworen und den Retter gepriesen; und hatte womöglich zuletzt noch zwei Millionen Stimmen gefälscht. Und dennoch reichte es gerade mal für 1,44 Prozent mehr als die Hälfte.

Jedermann in der Türkei und außerhalb der Türkei kann erkennen, dass Recep Tayyip Erdogan diese Abstimmung nicht wirklich gewonnen hat. Aber durch seine Manipulation hat er sich selbst dazu verdammt, dennoch den Sieger spielen zu müssen. Darum muss er weiter Wahlkampf machen. Muss immerzu die Getreuen zum Kampf gegen die Finsternis scharen. Muss den Ausnahmezustand erhalten, der erst heute wieder verlängert wurde, muss immer weiter amorphe Gefahren fingieren. Das ist das deprimierend Moderne dieser Herrschaftsform: Sie passt sich an eine unkalkulierbarer gewordene Wirklichkeit an, eine immer mobilere und vielschichtigere Gesellschaft, indem sie ein abstraktes, auf potenziell jeden anwendbares Feindbild schafft. Wegen der Vielseitigkeit ihrer Themen und der Distanz, die sie wahren müssen, eignen sich Journalisten besonders als Träger dieses Feindbildes. Aber

natürlich auch Anwälte oder Menschenrechtler wie der deutsche Peter Steudtner, dessen Inhaftierung heute bekannt gegeben wurde. Wer auch immer etwas zu sagen haben könnte, kann ein Agent-Terrorist zu werden.

Aber der Fall Yücel zeigt auch die engen Grenzen dieses Autoritarismus auf.

Der Ausnahmezustand des Recep Tayyip Erdogan ist nicht die finale Begründung, die dem Souverän bei Carl Schmitt den Adel der Legitimation verleiht. Dieser Präsident ist längst ein Sklave seines Ausnahmezustandes geworden. Gerade weil seine persönliche Existenz daran hängt. Sein Volk aber spielt immer unwilliger mit, und zwar auf offener Bühne. Es mag daran liegen, dass das Internet als Gegenöffentlichkeit doch nicht so leicht manipulierbar ist, wie wir es nach anfänglicher Euphorie meinten einsehen zu müssen. Es mag auch daran liegen, dass eine wachsende Gewöhnung im Umgang mit den neuen Medien auch ein kritischeres Bewusstsein für die Inkongruenz zwischen Propaganda und Realität schafft.

Jedenfalls lässt sich mindestens eine sehr knappe Hälfte der türkischen Wahlbürger von den regierungsamtlichen Apokalypsen nicht mehr täuschen. Auch mit aller Macht nicht. Damit geben diese Türken schließlich der größten Angst ihres Präsidenten recht: dass ein Wort genügen kann, um Wahrheit von Lüge zu unterscheiden. Für jedermann hörbar, egal wie laut es gesprochen wird. Und egal wie laut eine gelenkte Öffentlichkeitsmaschinerie darüber hinwegzudröhnen versucht.

Wenn Erdogan sinnbildlich für den Autoritarismus unserer Zeit steht, dann beweist er, dass die Angst der Mächtigen vor dem Wort tendenziell wächst. Und zwar zur recht. Diese Angst sollte uns Mut machen.